

FRAGESTUNDE*

• Frage Nr. 1648 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident Paasch zum Beitrag des öffentlichen Diensts zur Mobilitätswende

Die deutschsprachige Gemeinschaft hat nur sehr begrenzte Möglichkeiten, die Mobilitätswende direkt zu steuern. Ein, wenn auch bescheidener, Beitrag besteht jedoch im eigenen öffentlichen Dienst. Im Juni 2022 befragte ich Sie bereits zur Inanspruchnahme von Fördermaßnahmen für Nachhaltige Mobilität¹, unter anderem was das Leasing von Fahrrädern angeht.

Ein besondere Herausforderung ist in der Tat eine, im Vergleich zur Privatwirtschaft, unvorteilhafte Berechnung der Steuervorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Das veranlasste Sie damals zu folgender Aussage: "Die Machbarkeit der Einführung eines e-bike Leasingangebots für die Mitarbeiter wurde geprüft und nach eingehender Analyse erstmal zurückgestellt. Das hat zum einen damit zu tun, dass im öffentlichen Dienst das dafür notwendige „sacrifice salarial“, also die Möglichkeit, für einen bestimmten Vorteil auf einen Teil seines Gehalts zu verzichten, nicht einfach umzusetzen ist."

Ähnliche Überlegungen werden natürlich auch in anderen öffentlichen Verwaltungen unseres Landes angestellt und auch dort wird nach kreativen Lösungen gesucht. Laut Grenz-Echo vom 25. März steht es flämischen Beamten bereits offen, ein Fahrrad zu leasen. Ministerin De Sutter scheint für den föderalen öffentlichen Dienst jetzt auch eine Lösung gefunden zu haben. Unter guten Vertragsbedingungen sei ein Fahrradleasing, das über die Jahresendprämien (im Volksmund auch oft "13. Monat genannt") abgewickelt würde, auch für Beamte finanziell interessant.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Ministerpräsident:

1. Wurde die Piste der Jahresendprämie ("13. Monatsgehalt") für ein Fahrradleasing auch in den Überlegungen des Ministeriums der deutschsprachigen Gemeinschaft durchgerechnet?
2. Gab es zu diesem Thema Austausch zu den gefundenen Lösungen mit den anderen belgischen Verwaltungen?
3. Gibt es bei der Berechnung deutliche Unterschiede in der Behandlung zwischen statutarischem und vertraglichem Personal?

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ Mündliche Frage 1064 vom 13. Juni 2022.

• **Frage Nr. 1649 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident Paasch zur Energieproduktion durch autonome Gemeinderegien**

Kürzlich hat die Regierung einen Erlass verabschiedet, der auf einer Forderung der Union des Villes et Communes de Wallonie (UVCW - Städte und Gemeindeverband) fußt und es den Autonomen Gemeinderegien (AGR) ermöglichen soll, ebenfalls im Bereich der Energieproduktion aktiv zu werden. Die Gemeinden sollen somit weiter befähigt werden, ihre Rolle in der Energiewende wahrzunehmen.

Konkret wird damit in Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 10. April 1995 zur Bestimmung der Tätigkeiten industrieller oder kommerzieller Art, für die der Gemeinderat eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete autonome Gemeinderegie gründen kann, die Möglichkeit der Erzeugung von elektrischem Strom und/oder Wärme, die aus erneuerbaren Energien gewonnen werden, eingefügt.

Der exakte Formulierung der UVCW Forderung lautete: « 1. La production, la fourniture et la distribution d'eau, de gaz, de biogaz, d'électricité, de chaleur ou de vapeur ». Der Städteverband wies zudem auch auf die Möglichkeit hin, dass Gemeinden bzw. ihre AGR somit auch an den sog. Communautés d'énergies (Energiegemeinschaften) teilnehmen könnten. Die Aspekte des Biogases und der Energiegemeinschaften werden in den Erläuterungen um den Erlass nicht präzisiert. Es heißt weiter, dass die 9 deutschsprachigen Gemeinden zu dem Erlass schriftlich befragt wurden und keinerlei Bedenken geäußert haben.

Daher mein Fragen an Sie, Herr Ministerpräsident:

1. Welche Vorteile haben die Gemeinden, für die Produktion von erneuerbaren Energien eher über eine AGR zu investieren, als dies direkt selbst zu tun?
2. Könnten derartige Projekte, die über eine AGR abgewickelt werden, auch in den Genuss von Mitteln des Energie- und Klimaplanes kommen?
3. Wie ist es in der DG mit dieser neuen Regelung um Aktivitäten in Bezug auf Biogas und Energiegemeinschaften bestellt?

• **Frage Nr. 1650 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister Antoniadis zur Rolle der DG bei der Erstellung kommunaler Bauleitfäden**

Das Grenz-Echo berichtete am 9. März über die Bemühungen der Gemeinde Kelmis, einen eigenen Bauleitfaden zu entwickeln. Ziel eines solchen Instruments soll ein einheitliches und ästhetisches Ortsbild sowie die Verfolgung ökologischer Ansätze wie beispielsweise weniger Versiegelung bzw. mehr Versickerungsmöglichkeiten, die Nutzung regionaler Rohstoffe und Bepflanzungen sowie eine verbesserte Fahrradinfrastruktur sein. Der Bürgermeister fügte hinzu, dass ein Bauleitfaden sowohl Klarheit für Antragsteller als auch Sicherheit für die Verwaltung schaffen soll.

Unsere Fraktion ist in Sachen Raumordnung ein Verfechter eines klugen, kohärenten und ausgewogenen Subsidiaritätsprinzip. Das erlaubt es selbst innerhalb der Gemeinde, je nach Lage unterschiedliche Akzente zu setzen und maßgeschneiderte Lösungen zu finden. Bauleitfäden können hier ein wichtiges Instrument sein.

Nachdem eine erste Version des Leitfadens von der Regierung abgelehnt wurde, hat die Gemeinde Kelmis sich jetzt die Unterstützung der RWTH geholt um einen neuen Anlauf zur Erstellung des Bauleitfadens zu starten.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an Sie Herr Minister Antoniadis:

1. Aus welchen Gründen hat die DG Regierung die erste Version des Kelmiser Bauleitfadens abgelehnt?
2. Gibt es seitens der DG eine Unterstützung methodischer oder finanzieller Art für die Gemeinden, die eigene Bauleitfäden erstellen wollen?
3. Es ist möglich einen Leitfaden zu verfassen in Abwesenheit eines Entwicklungsschemas für das Gebiet?

• **Frage Nr. 1651 von Herrn SPIES (SP) an Minister Antoniadis zum Stand der Dinge in Bezug auf die Forderungen des Landwirtschaftssektors**

Ende Februar sind an Ihrem Amtssitz in Eupen Vertreter des ostbelgischen Landwirtschaftssektors vorstellig geworden, um Ihnen ein Schreiben mit konkreten Forderungen im Bereich der Raumordnung zu überreichen.

Am 7. März fand dann ein zweites Treffen mit Ihnen Herr Minister statt, um gemeinsame Lösungsansätze im Rahmen des Forderungskataloges zu finden.

Laut der Webseite des Bauernbundes konnten dabei rund die Hälfte aller Punkte im Gespräch vertieft sowie einige vielversprechende Ansatzpunkte identifiziert werden.

Laut Bauernbund war es eine positive Sitzung, die in einem offenen Gesprächsklima verlaufen ist.

Da aufgrund der Fülle an Themen und der Komplexität jedoch nicht alle Schwerpunkte zu Ende besprochen werden konnten, hat meinen Infos zufolge am 3. April ein weiteres Treffen mit der Regierung stattgefunden.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen Herr Minister folgende Fragen stellen:

1. Wie sieht der aktuelle Stand der Dinge aus?
2. Richten sich die Forderungen der Landwirte ausschließlich an die Regierung Deutschsprachige Gemeinschaft oder ebenfalls an die Wallonische Region?
3. Inwieweit lässt sich mit konkreten Ergebnissen rechnen?

• **Frage Nr. 1652 von Frau CREUTZ-VILVOYE (CSP) an Ministerpräsident Paasch zum kostenlosen Grenzecho-Abonnements für ostbelgische Auszubildende**

Im vergangenen Oktober beantwortete die Regierung eine mündliche Frage zur Ausweitung des kostenlosen Grenzecho-Abonnements auf ostbelgische Auszubildende.² Zusammengefasst ging es darum, ob neben den von diesen kostenlosen GE-Abos profitierenden Studenten künftig auch Auszubildenden profitieren könnten.

Das sollten sie, so die Antwort des Ministerpräsidenten.

In meinem Kommentar bat ich darum, dass dem Parlament unaufgefordert mitgeteilt werden solle, wie sich die Zahl der Rückmeldungen der künftigen Nutzer entwickeln würde.

Da ich bisher diese Information nicht erhalten habe befrage ich die Regierung nun auf diesem Wege.

Hierzu meine Fragen:

1. Wie hoch ist die Zahl der Auszubildenden, die auf das kostenlose GE-Abo zurückgreifen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert wird?
2. Gibt es ein Feedback der Nutzer?
3. Wird seitens der DG um ein Feedback gebeten?

² Nr. 1439 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zur Ausweitung des kostenlosen Grenzecho-Abonnements auf ostbelgische Auszubildende.

• **Frage Nr. 1653 von Herrn SPIES (SP) an Ministerpräsident Paasch zum politischen Engagement auf kommunaler Ebene**

Bekanntlich haben wir in Belgien in diesem Jahr ein sogenanntes Superwahljahr.

Am 9. Juni finden bei uns die Wahlen für das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Parlament der Wallonischen Region, die Abgeordnetenkammer sowie für das Europäische Parlament statt.

Am 13. Oktober werden die Bürgerinnen und Bürger wieder zu den Wahlurnen gebeten, da dann die Gemeinderatswahlen sowie die Provinzialratswahlen stattfinden.

Bei all diesen Wahlen steht außer Frage, dass unsere Kommunen die politische Ebene darstellen, die dem Bürger im politischen und verwaltungsmäßigen Aufbau des Staates am nächsten sind. Wer sich demnach auf kommunaler Ebene engagiert, kann auf lokaler Ebene ganz konkret Einfluss nehmen und an Entscheidungen teilhaben, die den Alltag unmittelbar beeinflussen.

Im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Herbst lässt sich jedoch absehen, dass es in einigen Gemeinden durchaus immer schwieriger wird, Menschen zu finden, die sich auf dieser Ebene noch politisch engagieren wollen.

Dies kann dann durchaus zur Folge haben, dass es in einigen Gemeinden so gerade noch eine Liste geben wird und die Bürgerinnen und Bürger im Endeffekt nicht wirklich die Wahl zwischen zwei „Programmen“ haben.

Vor dem Hintergrund der Autonomieerweiterung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der fundamentalen Bedeutung der Gemeinden in diesem Prozess sowie mit Hinblick auf die Wahlen im Oktober möchte ich Ihnen als Ministerpräsident daher folgende Fragen stellen:

1. Inwiefern kann die Deutschsprachige Gemeinschaft das politische Engagement auf kommunaler Ebene aufwerten?
2. Welche neuen Instrumente und Möglichkeiten gibt es in Hinblick auf die Mitbestimmung auf kommunaler Ebene?
3. Inwiefern bedroht das schwindende politische Engagement auf kommunaler Ebene die Bestrebungen nach einem weiteren Autonomieausbau?